

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Verschiedene Vorstellungen vom vereinten Europa

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1953) : Verschiedene Vorstellungen vom vereinten Europa, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 1, pp. 14-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131650>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Produktionshemmende und produktionsfördernde Elemente in den europäischen Industriestaaten

Eine Unterhaltung mit unseren ausländischen Korrespondenten zum Jahresanfang

GROSSBRITANNIEN:

„Sparsames Haushalten und größere Freizügigkeit“

Zum ersten Mal seit Kriegsende hat Großbritannien ein Jahr ohne spürbare Erhöhung des Nationalprodukts abgeschlossen. Angesichts der starken Textilflaute wäre die britische Gesamtproduktion sogar fühlbar gesunken, hätten nicht einige — aber durchaus nicht alle — metallverarbeitenden Industrien ihre Erzeugung, teilweise unter dem Einfluß von Rüstungsaufträgen, weiter vergrößert. Regierung und Wirtschaft haben sich jedoch überraschend leicht mit der Unterbrechung des stetigen Produktionsanstiegs abgefunden. Die Vollbeschäftigung war in den Augen der Labour-Volkswirte „die Gans, die die goldenen Eier legt“. Konservative Wirtschaftler hatten aber keine Bedenken, ihr den Garaus zu machen, denn ihnen galt sie als Hauptursache der schleichenden Inflation.

Unter der konservativen Regierung hat die Produktion ihr Primat verloren. Die „Wiederherstellung der nationalen Solvenz“, die Ablösung des zweijährigen Rhythmus von Währungskrise und mühevoller Erholung durch ein System des sorgsamsten Haushaltens im Rahmen der vorhandenen Mittel ist das unmittelbare Ziel, damit das Pfund wieder als ebenbürtiger Partner des Dollars in Welthandel und Weltfinanz seinen alten Platz einnehmen kann. Danach denkt man eine aktivere und freizügigere Handelspolitik zu betreiben, die auch die Produktion in Englands leistungsfähigen Wirtschaftszweigen fördern soll. Vorderhand heißt es aber den Gürtel enger schnallen, und wenn zusammen mit den als

nicht unbedingt notwendig zurückgestellten produktiven Investitionen auch die übersteigerte Produktion mancher bedeutenden Industrien in Mitleidenschaft gerät, so nimmt man dies als unvermeidlichen und nicht einmal immer zu bedauernden Teil des Gesundungsprozesses in Kauf.

Trotz Murrens in den Konsumgüterindustrien und im Einzelhandel und einiger Besorgnis über die Steuereinkünfte im Schatzamt bleibt es daher bei dem disinflatorischen Kurs der Kreditbeschränkung und -verteuerung. Hand in Hand geht damit ein progressiver Abbau der „physischen Kontrollen“, der Warenbewirtschaftung, der Rationierung, des Lizenzsystems und des Rohstoffeinkaufs durch staatliche Agenturen sowie der Konsumsubventionen für all und jeden, die so offensichtlich ihren Zweck, die Lebenshaltungs- und damit die Produktionskosten niedrig zu halten, verfehlt haben.

Das Ende der Konsumexpansion hat das erfreuliche Ergebnis gezeigt, die drückende Rohstoffknappheit in wichtigen Grundindustrien zu beseitigen und damit eines der schwersten Produktionshemmnisse aus dem Weg zu räumen. Kohle kann wieder in beträchtlichen Mengen exportiert werden, der Engpaß Stahl ist im Begriff, überwunden zu werden, die lästigen Stromabschaltungen fallen in diesem Winter fort, die Erweiterung und Modernisierung des Transportsystems macht stetige Fortschritte. Schiffbau, Flugzeugindustrie und Werkzeugmaschinenfabriken könne ihren steigenden Bedarf an Arbeits-

kräften aus von der Konsumgüterwirtschaft freigesetzten Reserven decken. Wenn die Produktion als Ganzes auch im letzten Jahr nicht zugenommen hat, so ist doch eine gesündere Streuung der produktiven Kräfte erreicht worden.

Nur in der Bauwirtschaft zeigt sich die entgegengesetzte Tendenz: Der dem Konsum dienende Wohnungsbau absorbiert mehr Materialien und Arbeitskräfte, während die Errichtung von Fabriken und öffentlichen Gebäuden eingeschränkt wird. Aber gerade hier, wo die konservative Regierung mit Unterstützung durch die öffentliche Meinung eine Produktionsausweitung durch Abbau produktionshemmender Vorschriften anstrebt, hat sich sehr schnell gezeigt, daß ein scheinbar unersättlicher Bedarf schnell unter Kontrolle gebracht werden kann, wenn normale ökonomische Gesetze in Tätigkeit treten. Vor einem Jahr war die Erlaubnis zur Errichtung eines Eigenheims noch das Privileg einer kleinen Anzahl Familien, die in besonders engen Räumlichkeiten wohnen, heute kann sie allen ohne Prüfung ihrer Umstände erteilt werden. Der Abbau amtlicher Beschränkungen hat auch zu größerer Produktivität und sparsamerem Materialverbrauch geführt. Der Wohnungsbau liefert tatsächlich ein Beispiel dafür, wie das durch eine leicht restriktive Kreditpolitik geschaffene strengere Wirtschaftsklima detaillierte Beschränkungen fortfallen läßt.

Auch in der Exportwirtschaft arbeitet die Regierung auf größere Freizügigkeit hin. Nachdem die zur Überwindung des Goldabflusses vor einem Jahr erlassenen Importrestriktionen ihren Zweck mehr

oder minder erfüllt haben, sucht man jetzt den Außenhandel auf multilateraler Basis mit dem Ziel einer zehnpromzentigen Vergrößerung der britischen Ausfuhr auszuweiten, ein Unterfangen, das nicht gerade leicht fällt, weil Englands ausländische Handelspartner an dem quid pro quo bilateraler Vereinbarungen festzuhalten wünschen, zumindest insofern, als sie meist auf die Zusicherung eines quantitativ ausreichenden britischen Imports der sie interessierenden Waren Wert legen.

Für ein auf den Warenaustausch mit andern angewiesenes Land wie England kann es keine Hoffnung auf eine volkswirtschaftlich wünschenswerte Steigerung der Pro-

duktion ohne Ausweitung des Handels geben. Das schließt nicht produktionsfördernde Maßnahmen für Waren aus, von denen die Welt, wie z. B. von manchen landwirtschaftlichen Produkten, nicht genug erzeugt. Im allgemeinen versucht man in Großbritannien aber eine stetige Produktionsentwicklung ohne Förderung spezifischer Produktionen und ohne auf die Expansion der Gesamtproduktion gerichtete Maßnahmen allein durch Schaffung gesunder Wirtschafts- und Finanzverhältnisse herbeizuführen. Auf diesem Wege soll das Jahr 1953 bedeutende Fortschritte bringen, nachdem das vergangene Jahr im Zeichen der Konsolidierung stand. (A.)

FRANKREICH: Zwischen Stabilität und Stagnation

Inflation und ungenügende Sparfähigkeit kennzeichneten die französische Wirtschaft während langer Jahre. Eine erste labile Stabilität wurde 1949/50 bis zu Beginn der Feindseligkeiten in Korea erreicht, allerdings ohne Belebung des Kapitalmarktes. Nach einer bedenklichen Inflationswelle und einer ungewöhnlich kritischen Lage am Ende des letzten Winters brachte das Jahr 1952 mit der Regierung Pinay eine neue Stabilisierung mit leichtem Rückgang der Preise. Allgemein sah man in dem Experiment Pinays eine unbedingte Notwendigkeit für eine gesündere Wirtschaftsentwicklung, besonders da ohne Stabilität der Währung das Hortungskapital nicht produktiv in die Wirtschaft investiert werden kann. Es gehört zu den Widersprüchen der französischen Verhältnisse, daß das Land neben der USA. und der Schweiz über die erheblichsten Kapitalreserven verfügt und gleichzeitig weder für Wohnungsbau noch für die erforderliche Erweiterung seines Produktionspotentials und in erster Linie für die Modernisierung der Landwirtschaft die nötigen Mittel zu mobilisieren vermag. Eine Normalisierung des Kapitalmarktes versprach sich die Regierung auch, zusätzlich von der vorbehaltlosen Steueramnestie, die einen dicken Strich unter den Steuerbetrug der Nachkriegszeit zog.

Diese verschiedenen Maßnahmen, verbunden mit dem auch für 1953 beibehaltenen eisernen Beschluß der Regierung, die Steuerlast nicht mehr zu erhöhen, wirkten sich psychologisch zweifellos günstig auf die französische Wirtschaft aus und schufen die Voraussetzungen für einen weiteren Anstieg der Produktion, ohne jedoch die in sie gesetzten Erwartungen restlos zu erfüllen. Gewiß, es war kein kleiner Erfolg für die Goldanleihe der Regierung, über 200 Mrd. frisches Geld zu mobilisieren. Der private Kapitalmarkt hat neuerdings ebenfalls ein freundlicheres Gesicht. Die staatlichen Elektrizitätswerke vermochten ihrerseits in kurzer Frist 18 Mrd. auf dem Anleiheweg aufzubringen. Dieser Kapitalzufluß steht jedoch in keinem Verhältnis zu den finanziellen Möglichkeiten des Landes und noch weniger zu seinen wirtschaftlichen Erfordernissen.

Dieser passive Widerstand der Kapitalbesitzer führte für Produktion und Handel zu hemmenden Gegenströmungen, d. h. zu teilweisen Krisen- und Deflationerscheinungen. Besonders im Konsumgütersektor sank die Nachfrage 1952 fühlbar ab. Der gegen Jahresende festgestellte Wiederanstieg ist vorläufig noch nicht restlos überzeugend. Besonders bedenklich stimmen darüber hinaus gewisse Schwächen in der Metall-

industrie, wo von einer Krise zwar noch nicht die Rede sein kann, sich aber für die Nachfrage Abflachungserscheinungen bemerkbar machen. Ein Teil dieser Verkaufsschwierigkeiten ist zweifellos eine normale Begleiterscheinung der Stabilisierung. In Baisse-Perioden sind die Käufer zurückhaltend und haben zunächst Neigung, ihre in der vorhergehenden Inflationszeit übertrieben aufgeblähten Warenlager abzubauen. Dieser Normalisierungsprozeß braucht seine Zeit. Er wird erschwert und verlängert durch die mangelnde Bereitschaft zur Preissenkung und den weitverbreiteten Glauben, daß Industrie und Handel noch lange nicht an der äußersten Grenze ihrer möglichen Konzessionen angekommen sind. Abschwächende Konjunkturwirkung hatte auch die Schrumpfung des Außenhandels, deren Ursache sowohl zu hohe französische Preise als auch ungenügendes Exportbewußtsein der Industrie sind. Dagegen erscheint es unzutreffend, eine zu geringe Kaufkraft dafür verantwortlich zu machen. Eine Kaufkraftsteigerung, besonders durch geeignete Preissenkungen, wäre zweifellos zu begrüßen. Dessen ungeachtet steht ziemlich eindeutig fest, daß die durchschnittliche Kaufkraft der breiten Masse seit Kriegsende nie so hoch lag wie 1952 und daß selbst gegenüber 1938 und der gesamten Vorkriegszeit ein fühlbarer Fortschritt erzielt werden konnte.

Am Jahresende lebte die französische Wirtschaft in der Befürchtung einer dauernden Stagnation. Von den staatlichen Investitionen ist keine wesentliche Bewegung zu erwarten. Sie bleiben statistisch mit 1.000 Mrd. ffrs. erheblich, liegen aber tatsächlich trotz gegenteiliger Regierungsbehauptungen nicht über dem Vorjahresstand. Besonders der Wohnungsbau bleibt auf seinem jetzigen toten Punkt stehen, d. h. nicht mehr als 100.000 Neubauwohnungen pro Jahr. Der Wirtschaft fehlt offensichtlich die für jede Expansion erforderliche Dynamik und nicht zuletzt das Vertrauen in die Konjunktorentwicklung der Zukunft. Seit Jahrzehnten entspricht die Erhaltung des Erreichten viel mehr dem französi-

schen Charakter als die Schaffung neuer zusätzlicher Produktionsquellen. Schon eine auf Expansion ausgerichtete Preispolitik mit erhöhtem Umsatz als Gewinngrundlage anstelle einer hohen Verdienstspanne würde genügen, um die Wirtschaftstätigkeit zu steigern. Hemmend macht sich ferner die in Frankreich stärker denn je verwurzelte Finanzorthodoxie bemerkbar. An ihrem Veto scheitert jeder Versuch der Kreditausweitung und der Geldschöpfung für produktive Zwecke und damit jedes auch noch so bescheidene Bestreben, den Kreislauf der Stagnation durch einen optimistischen Vorgriff auf die Zukunft zu sprengen. Dabei fehlt gerade in Frankreich der Finanzorthodoxie die sachliche Berechtigung, denn die Inflation der Nachkriegszeit war fast ausschließlich die Folge spekulativer Preisbeeinflussung und wurde nur in geringem Ausmaße durch die unberechtigte Erhöhung des Zahlungsmittelumlaufes genährt. Diese Feststel-

ITALIEN: Widersprüche in der Produktionsentwicklung

Das Jahr 1952 hat vor allem durch das Wirksamwerden zweier einschneidender und sich vorläufig gegenseitig fast aufhebender Faktoren — eines eindeutig negativen und eines ebenso eindeutig positiven Entwicklungselementes — der italienischen Industrieproduktion gewissermaßen einen Richtungswechsel aufgezwungen. Im Effekt, d. h. in der mengenmäßigen Gütererzeugung und im Arbeitserfolg, sind stärkere Verschiebungen nach oben oder unten nur in jenen Produktionszweigen deutlich geworden, die die Ausfälle auf der einen durch ein Aufholen auf der anderen Seite nicht wettmachen konnten.

Die negative Komponente entstammt dem italienischen Außen-

handel wird von keinem Finanzsachverständigen bestritten. Man hat nur nicht den Mut, für die weitere Kredit- und Geldpolitik die logischen Folgerungen zu ziehen.

So wie die Dinge liegen, ist 1953 keine stärkere Entwicklung der französischen Produktion zu erwarten. Die Vorschätzungen der Regierungen einer kleinen Steigerung des Produktionsvolumens um 3% dürften erfüllt werden, vielleicht lassen sich auch 5% erreichen. Darin ist mit Rücksicht auf die der französischen Wirtschaft tatsächlich innewohnenden Möglichkeiten ein bedauerlich mageres Ergebnis zu sehen. Bei der durch den geringen Export bedingten unsicheren Währungslage besteht ferner die ernste Frage, ob die jetzige Stabilität gehalten werden kann. Frankreich braucht jedoch unbedingt ein langandauerndes und stabiles Gleichgewicht, damit endlich die verhängnisvolle Kluft zwischen Hortungskapital und wirtschaftlicher Initiative überbrückt wird und die Stagnation der Expansion weicht. (fr.)

handel. Die Ausfuhr war 1951 zweimal, im Juli und Oktober, einem vorher nie erreichten Monatswert von 100 Mrd. Lire nahegekommen; zweimal, im April und im August, war sie auf rund 80 Mrd. Lire gesunken; der monatliche Durchschnittswert hielt immerhin bei etwa 77 Mrd. Lire, trotz der stärkeren Verminderung zum Jahresende. Der Rücklauf hielt 1952 ständig und mit nur ephemeren Besserungen bis zum August an, in welchem Monat der Ausfuhrwert 60 Mrd. Lire unterschritt und den tiefsten Punkt der letzten drei Jahre erreichte. Der Wiederanstieg seit dem Herbst konnte die Einbuße nur zum Teil berichtigen. Das Jahr 1952 schließt für den italienischen Außenhandel

um so ungünstiger — vielmehr um so bedenklicher — ab, als dem Abfall des globalen Export- ein ununterbrochenes Anwachsen des globalen Importwertes gegenübersteht. Der erstere liegt für die Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1952 (635,37 Mrd. Lire) um 15,2% unter und der letztere (1084,69 Mrd.) um 6,5% über jenem der Vergleichsperiode für 1951. Der Vergleich mit dem Vorjahr weist ein Hinaufschneiden des Handelsbilanzpassivums dieser Monate um 66,4% auf. Da sich 1952 die Ausfuhr gegen Jahresende gehoben, 1951 gesenkt hat, ist vor auszusehen, daß die Erhöhung des Jahresdefizits gegenüber 1951 zwar nicht ganz so hoch, aber kaum unter 50% liegen dürfte.

Die seit dem Krieg bestehende Exportabhängigkeit der italienischen Industrieproduktion hätte unausweichlich in einer starken Minderung des Beschäftigungsgrades als Folge des rückläufigen Auslandsabsatzes offenbar werden müssen, wenn nicht gleichzeitig eine fortschreitende Ausweitung des Inlandsbedarfes vor sich gegangen und damit der positive Faktor der Entwicklung wirksam geworden wäre. Jene Produktionszweige, denen die gesteigerte Aufnahmefähigkeit des italienischen Marktes nicht zu Hilfe gekommen ist, mußten trotz Auffüllung der Lagerbestände an Halbfabrikaten und Fertigwaren hinter dem Erzeugungsstand des vorangegangenen Jahres zurückbleiben. Am stärksten betroffen ist die italienische Baumwoll- und Kunstfaserindustrie (Garne und Gewebe). Während die italienische Nachfrage nach Wollwaren sprunghaft angestiegen ist und die Exportsenkung (vor allem in den Relationen England und Frankreich) überkompensiert hat und während die Seidenindustrie im In- und Auslandsabsatz kon-



VEREINSBANK IN HAMBURG

AUSSENHANDELSBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 34 10 15
TELEGR.-ADR.: VEREINSBANK, FERNSCHREIBER: 021:1203 UND 021:1461

junkturbegünstigt blieb, ist in den ersten 8 Monaten 1952 gegenüber 1951 die Produktion an Baumwollgarnen um 17,8 %, an Baumwollgeweben um 22,9 %, an Kunstfasergespinnsten um 37 % und an Kunstgarngeweben um 30,2 % (Reyon um 43,9 %) zurückgefallen. Die Vergleichsperiode weist ferner Indexrückgänge für einige Abschnitte der chemischen Industrie (die Farbenproduktion blieb um 16 % gegenüber dem Vorjahr zurück), für Gummiwaren und für die Kraftwagenindustrie aus. Der vom statistischen Institut ermittelte Generalindex der Industrieproduktion (139 auf der Basis von 1938) ergibt für Januar bis August 1952 gegenüber 1951 eine Steigerung um 0,73 %, der Index des Industrieverbandes aber (118 auf der Basis von 1938) eine Minderung um 1,66 %. Jedenfalls weisen alle Industriezweige, mit Ausnahme der oben angeführten, einen Anstieg gegenüber 1951 auf.

Die gehobene Inlandsnachfrage jedoch, der die Statik der italienischen Industrieproduktion in ihrem Gesamtkomplex zu verdanken ist, läßt sich nur zum geringeren Teil aus dem nach vielen Jahren der Kaufzurückhaltung sich durchsetzenden Nachholbedarf erklären. In der Hauptsache haben der staatliche Investitionsaufwand und die den Umsatz fördernde Überverflüssigung des Geldmarktes diese Nachfrage hervorgerufen. Die fortlaufende Einführung öffentlicher Mittel in die Privatwirtschaft kommt direkt der den Investitionsbedarf bestreitenden Produktion, indirekt aber auch der Verbrauchsgütererzeugung zugute. Eine für italienische Verhältnisse ungewöhnlich lebhaftere Kaufbereitschaft breiter Bevölkerungsschichten ist im Verlauf des Jahres 1952 auf dem Markt zur Auswirkung gekommen. Um das vom Inlandsverbrauch getragene Produktionsniveau halten zu können, mußte das rohstoffarme Italien trotz sinkender Ausfuhr sein Importvolumen von Monat zu Monat vergrößern. Aus dieser Problematik der Wirtschaftslage kann nur eine namhafte Steigerung der Exporterlöse herausführen. Andernfalls wird

ein Produktionsrückgang nicht aufzuhalten sein.

Die Regierung ist sich über die Fragwürdigkeit der derzeitigen Wirtschaftssituation im klaren. Begreiflicherweise sucht sie das Herankommen an den Wendepunkt so lange wie möglich (zumindest bis nach den Wahlen) hinauszuzögern. Der Schatzminister Pella hat indes mehrfach die Erklärung abgegeben, daß die italienische Ausgabenpolitik an ihrer äußersten Grenze angelangt ist. Die genehmigten Investitionsprogramme werden durchgeführt und demgemäß die hierfür ausgeworfenen Finanzierungsbeträge innerhalb der Termine flüssig gemacht werden. Ein zusätzlicher Staatsaufwand kann aber nicht mehr in Betracht gezogen werden. Die Regierung muß also darauf verzichten, Schwächezustände der industriellen Produktion durch das Hervorrufen neuen Bedarfes zu überwinden. Die unmittelbar bevorstehende Schatzscheinemission wird Geld aus dem Markt nehmen, das ausschließlich zur Teilabtragung des Staatsdefizits und nicht für neue Ausgaben verwendet werden soll. Der Gouverneur der Banca d'Italia, Menichella, hat die Dinge noch deutlicher bei

ihrem Namen genannt. Er sprach von den Injektionen unzähliger Milliarden Lire in den Körper der Privatwirtschaft. Diese Kreditausweitung habe ihren Gegenposten im Passivum der Handelsbilanz. Es handle sich — nach der Formulierung des Außenhandelsministers La Malfa — um die „zweite Schneide der Schere“. Die Außenstände der Banken erreichen die Ziffer von 423 Mrd. Lire. Das italienische Kreditvolumen ist heute nach dem der USA. bei geringerem Liquiditätsgrad das größte der Welt, da der beständige Rücklauf aus der Bevorschussung von Ratenerkäufen fehlt. Auf dem in der letzten Zeit eingehaltenen Weg würde man wohl zu einer Vergrößerung der Produktion, aber ohne Kontrolle und unter fortschreitender Steigerung der Rohstoffeinfuhr und des Verbrauches gelangen. Demgemäß werden auch die Bankinstitute bei der Kreditgewährung rigorosere Vorzugehen haben. Aus diesen Hinweisen auf einen Kurswechsel der Wirtschaftlenkungs politik der Regierung läßt sich der Schluß ziehen, daß es die italienische Industrieproduktion 1953 um einiges schwerer haben wird als im abgelaufenen Jahr. (Cr.)

SKANDINAVIEN:

Rückläufige Produktion für Ausfuhr und Binnenmarkt

Obwohl noch nicht alle für die Beurteilung erforderlichen Daten vorliegen, läßt sich dennoch bereits jetzt sagen, daß das für den Konjunkturablauf der Volkswirtschaften Skandinaviens, Finnland eingeschlossen, im Jahre 1952 bemerkenswerteste Kennzeichen in einem mehr oder weniger starken Rückgang der Produktion sowohl im landwirtschaftlichen als auch im industriellen Bereich besteht. Die gegenüber dem Jahre 1951 eingetretenen Veränderungen sind indessen von derart differenzierter Prägung, daß sie sich kaum auf einen Nenner bringen lassen.

Die industrielle Produktion verzeichnet vom Jahre 1951 zum Jahre 1952 in den vier Nordländern einen mengenmäßigen Rückgang im Ausmaße von zwischen 2 % und 10 %. Vergleichsweise am günstigsten ist die industrielle Entwicklung

in Norwegen und Schweden verlaufen. Auf Basis 1948 = 100 ging der industrielle Erzeugungsindex von den ersten zehn Monaten des Jahres 1951 zum entsprechenden Zeitraum des Jahres 1952 im Durchschnitt in Norwegen nur von 121 auf 118 und in Schweden von 110 auf 108 zurück. In Dänemark war die Abschwächung bei einer Ermäßigung der Produktionszahl (Basis 1935 = 100) von 170 auf 159 und in Finnland bei einer solchen von 133 auf 114 um einiges stärker.

In Finnland, Norwegen und Schweden wird diese Abschwächung der Produktion so gut wie ganz von der Holz- und Holzveredelungsindustrie getragen. In kleinerem Umfange ist in diesen drei Ländern in der ersten Hälfte des vorigen Jahres sodann auch noch die Produktion der leichten Industrien, also Chemikalien, Textilwaren,

Schuhe und dergleichen rückläufig gewesen. Demgegenüber hat sich in allen vier Nordländern die Erzeugung der schwerindustriell betonten Industriezweige im Vergleich zum Jahre 1951 mindestens behauptet, in den meisten Fällen jedoch wesentlich vergrößert. Das gilt in erster Linie für den Maschinenbau und die Werkzeugindustrie, für den Schiffbau und die Transportmittelindustrie.

Die landwirtschaftliche Produktion Nordeuropas hat sich im Jahre 1952 sowohl im Bereich des Getreideanbaues als auch der tierischen Veredelungserzeugung überwiegend verringert. Die Verschlechterung der Ernteergebnisse — Dänemark macht hier eine Ausnahme — erklärt sich in der Hauptsache aus den ganz besonders ungünstigen Witterungsverhältnissen in den Sommer- und Herbstmonaten des vergangenen Jahres. Der Rückgang der Produktion an tierischen Veredelungserzeugnissen besonders in Dänemark — in Finnland, Norwegen und Schweden ist die Produktionsentwicklung günstiger gewesen — ist demgegenüber ausschließlich die Folge der britischen Preispolitik: bis um die Mitte des vorigen Jahres etwa sind die dänischen Exportpreise für Butter und Fleisch in krassem Gegensatz zu allen anderen Erzeugnissen so niedrig gehalten worden, daß die Produktion zurückgehen mußte.

Das zweifelsfrei wesentlichste Element der Abschwächung der Produktion bildet die von jeher starke Weltmarktorientierung der Nordländer, auf die sich jeder Ausschlag der internationalen Konjunktur unmittelbar zu übertragen pflegt. Typische Beispiele für diesen Zusammenhang wären die erwähnten Rückschläge an den Exportmärkten für Holz und Holzveredelungserzeugnisse sowie die britische Preispolitik für bestimmte Nahrungsmittel. Darüber hinaus sind für die Gestaltung der Produktion Nordeuropas auch eine Reihe rein innerwirtschaftlich bedingter Elemente bestimmend gewesen. Zu nennen ist hier nun zunächst die Lohnpolitik, die seit Jahren in allen Ländern des Nordens betrieben worden ist. Wenngleich mit einiger

Einschränkung gesagt werden darf, daß der inflationistische Trend in den Nordländern im Jahre 1952 durch eine zwar noch nicht sichere, aber wahrscheinliche Stabilität im Bereich von Preisen und Lebenshaltungskosten abgelöst worden sein dürfte, so hat das bis vor einigen Monaten praktizierte Prinzip der „Kompensation“ der Verteuerung der Lebenshaltung durch Herabsetzung von Gehältern und Löhnen zu so starker Anspannung der Produktionskosten in der gesamten Wirtschaft geführt, daß sich die Wettbewerbssituation in allen Ländern des Nordens verschlechtert hat, in Norwegen und Schweden mehr und empfindlicher als in Dänemark und Finnland. Die weitgehend im Außenhandelsbereich verankerten Zweige der nordeuropäischen Industrien wie außer Holz, Zellulose und Papier vor allem der Maschinenbau, die Werften sowie die große Gruppe der mechanischen Industrie haben im Laufe des vorigen Jahres gerade wegen der Überhöhung der Kosten wesentliche Teile ihrer Auslandsmärkte — wenn auch vielleicht nur vorübergehend — verloren.

Wenn in den Nordländern die Kostenerhöhung aus Arbeitslöhnen gegenüber wichtigen Märkten im großen Durchschnitt auf zwischen 5 % und 15 % veranschlagt werden mag, so läßt sich der Einfluß der steuerlichen Belastung auf die nordeuropäische Produktionsentwicklung zahlenmäßig nicht erfassen. Fest steht aber, daß bisher von Jahr zu Jahr in allen Nordländern die Steuerschraube so kräftig angezogen worden ist, daß die eine und die andere Industriegesellschaft dadurch zum Erliegen gekommen ist. Hier muß jedoch die Einschränkung

gemacht werden, daß in Dänemark und Finnland die Steuerpolitik ganz bewußt auf die Stabilisierung der Konjunktur dieser beiden Länder ausgerichtet worden ist: es galt den ehemals hohen Überhang an Kaufkraft aus dem Markt zu nehmen. Da dieses Ziel inzwischen im großen und ganzen erreicht worden ist, hat die verbliebene, hohe Besteuerung auf die Produktion eher hemmend gewirkt.

Schließlich ist zu erwähnen, daß in allen Ländern des Nordens im vorigen Jahre eine ausgesprochen restriktive Kreditpolitik mit dem Ziele geführt worden ist, die sog. „Überkonjunktur“ oder auch „Gewinnkonjunktur“ des Jahres 1951 „aufzufangen“ und in gemäßigtere Bahnen abzuleiten. Doch ist auch diese Zielsetzung sehr viel schneller illusorisch geworden als erwartet werden konnte, weil wiederum die von außen gekommenen Einflüsse den früheren „Verkäufermarkt“ in einen „Käufermarkt“ umgewandelt haben.

Das strukturelle Gefüge der nordeuropäischen Produktion stellt sich an der Jahreswende 1952/53 damit als einigermaßen belastet dar. Durch die angedeuteten Elemente hat sich die Erzeugung als Ganzes auf einem gegenüber dem Jahre 1951 etwas niedrigeren Niveau eingespield, das der ungefähren Gleichgewichtslage der Marktgruppen entsprechen dürfte. Um zu einer nennenswerten Steigerung der Produktion in den Nordländern zu kommen, würde es einer Veränderung bzw. Lockerung in den Bereichen der Lohnpolitik, der Besteuerung, der Kreditpolitik sowie vor allem dann weiter auch der Investitionslenkung und der Bauplanungen bedürfen. (dt.)

ÖSTERREICH: „Der Produktivitätsgrad entscheidet“

Es dürfte kein anderes Land diesseits des Eisernen Vorhanges geben, in dem so viel von einer notwendigen Produktivitätssteigerung gesprochen wird wie in Österreich. Auch hat es die bisherige Regierungsform einer Koalition der freiwirtschaftlichen und der sozialistischen Parteien unter starkem Mitspracherecht der Wirtschaftsverbände und der Gewerkschaften be-

wirkt, daß über die Notwendigkeit dieser Maßnahmen Einigkeit besteht. Daran dürften auch die bevorstehenden Wahlen wenig ändern, da ja der Zwang zur Produktivitätssteigerung weiter bestehen bleibt und sich durch die bereits verminderte und einer weiteren Reduktion entgegengehende amerikanische Hilfe noch verstärken dürfte. Trotzdem ist festzustellen,



HAMBURGER KREDITBANK

AKTIENGESELLSCHAFT

FRÜHER

DRESDNER BANK

HAMBURG 36 · JUNGFERNSTIEG 22



daß die Erfolge der Kampagne zur Produktivitätssteigerung, die von jedermann in der Öffentlichkeit begrüßt und von den amerikanischen Stellen stark gefördert wird, bisher minimal sind und daß die Gefahr besteht, daß gerade in diesem Jahr, wenn von der Propaganda zur Tat geschritten werden soll, sich Gegensätze zeigen werden, die die Realisierung des Programms in Frage stellen.

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung hat noch im Mai 1949 eine auf den Verhältnissen des Jahres 1948 basierende Studie „Die Produktivität der Österreichischen Industrie“ herausgebracht, die sich im wesentlichen auf die Zielsetzungen des sogenannten Long-Term-Programms stützt, das von den österreichischen ERP-Stellen' ausgearbeitet wurde.

Bei den Vorarbeiten zu dieser Untersuchung hatte die Produktivität der Industrie, die 1947 noch auf 43 % des Jahres 1937 verblieben war, gerade nach der kurz danach wieder inflationistisch verwässerten Währungsreform von Ende 1947 einen Sprung nach aufwärts gemacht und hatte Mitte 1948 64 % bei einem Beschäftigungsgrad von 136 % erreicht, während sich das Produktionsvolumen der Industrie von 70 auf 92 % (Ende 1948) erhöhte. Schon damals gab es Skeptiker, die bezweifelten, daß die Mittel des ERP. (rund 25 Mrd. \$ in heutiger Währung) die gewünschte Wirkung, nämlich den Ausgleich der Zahlungsbilanz, bewirken würden, mußte doch mehr als die Hälfte für Ernährungszwecke abgezweigt werden. Es war aber jedenfalls schon damals klar, daß nicht so sehr in der Steigerung der Produktion, die gegenwärtig nach einem Höchststand von 170 (Ende 1951) auf einen Jahresstand von 160 abgesunken ist, als vielmehr in der erhöhten Produktivität der Schlüs-

sel zur Gesundung der österreichischen Wirtschaft lag. Viele der noch in der Untersuchung von 1949 aufgezeigten Gründe für die mangelhafte Produktivität sind seither weggefallen wie Demontagen, Nahrungs- und Rohstoffmangel, Bombenschäden. Dieser Umstand läßt eine Steigerung der Produktivität um etwa 50 % ohne weiteres verständlich erscheinen.

Die echte Produktivitätssteigerung hätte aber gerade dann einsetzen müssen, als diese äußeren Hemmnisse wegfielen, und dieses Ziel ist bis heute nur in bescheidenem Umfang erreicht worden. Dabei hat sich die industrielle Ausrüstung Österreichs seither wesentlich verbessert. Es ist insbesondere auch wieder gelungen, deutsche Maschinen und Ersatzteile zu erlangen, deren Ausbleiben weder englische noch amerikanische Spenden und Hilfslieferungen ersetzen konnten. Obwohl sich die österreichische Zahlungsbilanz auffällig verbessert hat, ist Österreich heute entgegen den Erwartungen nicht imstande, seine Zahlungsbilanz allein auszugleichen. Man rechnet mit einem weiteren Zuschußbedarf von 80 Mill. \$, und es steht fest, daß man sich nicht damit bescheiden kann, die Produktivität des Jahres 1937 (100 %) wieder herzustellen, sondern daß sie wesentlich überschritten werden muß. Dies war bereits vorübergehend im Herbst 1951 (November: 107,4 %) der Fall, seither ist aber die Produktivität in dem Umfang gesunken, wie die Produktion zurückgegangen ist, und steht gegenwärtig bei 98,5 %.

Diese Entwicklung läßt nun klar erkennen, daß die Produktivität in direkter Abhängigkeit vom Beschäftigungsgrad und dieser wieder vom Produktionsstand steht. Es zeigt sich darin, wie wenig elastisch eine auf Vollbeschäftigung ausgerichtete Wirtschaft hinsicht-

lich einer Produktionssteigerung ist. Andererseits bedeutete der Zustand der Vollbeschäftigung auch im Zeichen der aufsteigenden Entwicklung einen Hemmschuh für produktivitätsfördernde Maßnahmen, da es schwierig, ja vielfach ausgeschlossen war, von einer Belegschaft höhere Leistungen zu verlangen, die darauf mit dem Verlassen des Betriebes drohen konnte. Der durch hohe Progression bewirkte Steuerdruck, die Nivellierung der Gehälter, die sich besonders gegenüber den qualifizierten Kräften zeigt, die geringe Berücksichtigung des Leistungslohnes und endlich auf seiten der Unternehmer die rigorose Besteuerung auch des nicht entnommenen Gewinns ließen neben einer manchmal sich noch zeigenden Ablehnung moderner Methoden alle Anstrengungen zur Produktivitätssteigerung scheitern.

Die kommenden Wahlen werden eine Entscheidung darüber bringen, ob die seit Jahresfrist eingeschlagene Stabilisierungspolitik, die sich der klassischen Formen der Kreditrestriktion — wenn auch in bescheidenem Umfang — bedient, das Feld behaupten kann und einen marktwirtschaftlichen Antrieb zur Produktivitätssteigerung geben wird oder ob die Sozialisten die Wirtschaft bestimmen werden. Auch sie sind sich voll bewußt, daß die Produktivität gesteigert werden muß, um den Lebensstandard zu erhöhen, aber die sozialistischen Mittel haben sich in einer Demokratie dazu bisher als wenig wirksam erwiesen. Auch sind die Erfahrungen der 30er Jahre, in denen die Rationalisierung und Preissenkung mit einer steigenden Arbeitslosigkeit erkaufte wurde, noch in Erinnerung. Man befürchtet auf sozialistischer Seite eine Wiederkehr dieser Erscheinungen mit all ihren unerwünschten sozialen Erschütte-

rungen, d. h. daß die Arbeitslosigkeit, die bei der Produktivitätssteigerung theoretisch nur vorübergehend eintritt, zur Dauererscheinung wird. Deswegen hat man auch den Abschluß der entsprechenden Produktivitätssteigerungsverträge zwischen Unternehmern und Gewerkschaften verlangt, während die Unternehmer aus begreiflichen Grün-

den nur mit den Betriebsräten ihres Unternehmens verhandeln wollen. So kommt es, daß bisher keiner der vom OEPZ. angestrebten Verträge unterschrieben wurde, die die Verteilung des durch die Produktivitätssteigerung erzielten Gewinnes regeln sollen. Produktivitätssteigerung ist somit in Osterreich vorerst nur ein Schlagwort geblieben. (ly)

aber auch durch die wieder erlaubte deutsche Konkurrenz auf allen Märkten. Unter ausgesprochener Absatzstockung aber litt die Textilindustrie bis in diesen Herbst hinein mit Ausnahme etwa von Leinen und Stickereien, letztere unter dem Einfluß vermehrter Verwendung von Spitzen durch die Pariser Haute Couture.

SCHWEIZ: Weiterhin zufriedenstellende Konjunktur

Die Hochkonjunktur der Schweizer Industrie, die 1949 und 1950 in eine normalere Konjunkturlage zurückging, hat 1951 im Zusammenhang mit der weltpolitischen Krisenentwicklung eine neue Belebung erfahren und hat im Jahr 1952 wiederum eine leicht rückläufige Bewegung durchgemacht. Die gute Konjunkturlage der schweizerischen Industrie wird ergänzt durch die letztjährige gute Ernte der schweizerischen Landwirtschaft, deren Erträge von den Feldfrüchten bis zu den Reben überdurchschnittlich waren.

Eine Arbeitslosigkeit gibt es in der Schweiz praktisch nicht. In der Uhren-, der Metall- und Maschinen- und Apparate- und Instrumentenindustrie, im graphischen Gewerbe und selbst in einzelnen Zweigen der Textilindustrie hat die Beschäftigtenzahl gegenüber 1951 nochmals zugenommen; ein leichter Rückgang ist eingetreten in der chemischen Industrie, auch bei einem Teil der Textilindustrie und im Baugewerbe. Das Ansteigen der Arbeitslosenziffern zu Ende November ist ausschließlich saisonbedingt und betrifft zur Hauptsache die Bauarbeiter und die von diesem Gewerbe abhängigen Berufe, auch die Hotelangestellten. Noch immer gibt es zu diesem Jahresende über 40 000 ausländische Arbeitskräfte in den verschiedenen Wirtschaftszweigen der Schweiz.

Von den schweizerischen Industriezweigen hatte die Uhrenindustrie 1952 den stärksten Aufschwung zu verzeichnen. Im Uhrenexport verzeichnet die eidgenössische Außenhandelsstatistik trotz Abnahme der Stückzahl eine wertmäßige Steigerung. Zu den schweizerischen Industrien, deren Beschäftigungsindex gegenüber 1951

sich leicht gehoben bzw. auf der Vorjahreshöhe gehalten hat, gehören die Metallindustrie insgesamt und die Bauwirtschaft einschließlich Steine und Erden. In der Metallindustrie und insbesondere im Maschinen-, Apparate- und Instrumentenbau kennzeichnen noch immer extreme Lieferfristen die mehr als nur gute Konjunktur dieses Wirtschaftszweiges und die Überfülle der noch vorliegenden Aufträge. In der Bauwirtschaft ist der Wohnungsbau rückläufig gewesen. Die dennoch sehr gute Beschäftigungslage dieses Wirtschaftszweiges ist auf die gesteigerte Bautätigkeit von Industrie, Gewerbe und Handel zurückzuführen, mehr aber noch auf den dieses Jahr stark intensivierten Bau von Kraftwerken. Unter dem Eindruck einer schroff anspringenden Strombedarfssteigerung setzte der forcierte Kraftwerkbau in der Schweiz schon 1943 ein.

Die Kosten des endgültigen Ausbaus der Schweizer Energiewirtschaft mit 60 Prozent Nutzung der Wasserkräfte des Landes, der für 1955/56 vorgesehen ist und bis dahin der schweizerischen Bauwirtschaft eine gute Konjunktur sichern wird, sind auf der heutigen Material- und Lohnbasis mit 9,5 Mrd. sFr. veranschlagt worden.

Einen teils fühlbaren Rückgang haben 1952 die chemisch-pharmazeutische Industrie und die Textilindustrie erfahren. Jedoch liegt für die chemische Industrie weniger ein Beschäftigungsrückgang, sondern mehr ein wertmäßiger Ausfuhrückgang vor: rund drei Viertel der Produktion dieses schweizerischen Industriezweiges gehen ins Ausland. Den kräftigsten Rückschlag in diesem Industriezweige haben Farben erlitten, und zwar durch die allgemeine Textilkrise,

Zusammenfassend ergibt sich nach den neuesten amtlichen Feststellungen, daß 58,8 % der von der Fabrikstatistik erfaßten 4108 Betriebe der Schweiz die Beschäftigungslage als gut oder befriedigend bezeichneten; 8,1 % als schlecht und 33,1 % als indifferent. Auf die Betriebe mit guter oder befriedigender Beschäftigung entfallen 67,6 % der Arbeitnehmer, auf die mit schlechter 6,5 %. Im Durchschnitt ist die Schweizer Industrie mit Aufträgen für ein weiteres Jahr Vollbeschäftigung versehen. In überbeschäftigten Sektoren bestehen immer noch Lieferfristen bis zu 24 Monaten.

Gegenüber den vorangegangenen Nachkriegsjahren ist 1952 das Jahr der allgemeinen Erneuerung und sehr weitgehenden Modernisierung und Rationalisierung der schweizerischen Industrie gewesen. Es sind schon Bedenken geäußert worden, ob nicht doch zu viel des Guten getan worden ist, und es wird darüber diskutiert, ob nicht Über- und Fehlinvestitionen vorgenommen wurden oder werden.

Die Unternehmer verteidigen die Modernisierungen und Rationalisierungen des schweizerischen Produktionsapparates mit dem Zwange zu internationaler Konkurrenzfähigkeit. Diese Konkurrenzfähigkeit wird schon durch die in den Vorjahren teuer eingekauften Rohstoffe belastet, und um konkurrenzfähig zu bleiben, hat die Schweizer Industrie erhebliche Gewinnbeschränkungen vorgenommen.

Von der Qualitätsproduktion im allgemeinen und im besonderen für Ausfuhrüter hängen der gute Gang und die Erfolge der schweizerischen industriellen und gewerblichen Wirtschaft ab. In dieser Erkenntnis wendet die schweizerische Industrie ganz erhebliche Mittel den technisch-wissenschaftlichen

Forschungsinstituten zu oder verwendet sie für eigene Forschungsarbeiten und Einrichtung oder neuerzeitlichen Ausbau von Forschungslaboratorien. Ein ernstes Problem der Aufrechterhaltung und Steigerung der Qualitätsproduktion ist der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, und dies insbesondere für die Maschinen-, Apparate- und Instrumentenfabrikation. In dem Bemühen, die Qualität der Produktion auf dem höchsten Stand zu halten, wird dem Lehrlingsausbildungswesen die allergrößte Sorgfalt zugewendet und zudem auch hart gegen die Nivellierung der Löhne angegangen. Gegenüber der Vorkriegszeit sind die Reallöhne

der Facharbeiter nur um 17% angestiegen, dagegen die der Hilfsarbeiter um 25% und die der Frauen um etwa ein Drittel.

Zum Jahresende 1952 läßt sich feststellen, daß in fast so gut wie allen schweizerischen Industriezweigen einschließlich der Textilindustrie die Lage und die weitere Entwicklung zuversichtlich beurteilt werden. Die zu Ende November gezählten 6295 gänzlich arbeitslosen Stellungsuchenden in der Schweiz machen nur 0,35% der rund 1,8 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger aus und auch nur 1,3% der 599 335 Mitglieder zählenden gewerkschaftlichen Arbeitslosenstellen. (Zi.)

NIEDERLANDE: Günstiges soziales Klima

Die niederländische Einfuhr erreichte in den ersten 11 Monaten 1952 einen Wert von 7,8 Mrd. hfl gegenüber 9,0 Mrd. hfl in der Vergleichsperiode 1951, 7,1 Mrd. hfl Jan./Nov. 1950 und 1,2 Mrd. hfl in den ersten 11 Monaten 1938. In den gleichen Zeiträumen betrug die Ausfuhr 7,4 Mrd. hfl, 6,8 Mrd. hfl, 4,8 Mrd. hfl und 1,0 Mrd. hfl. Auch wenn man die allgemeine Preissteigerung gegenüber der Vorkriegszeit voll berücksichtigt, ergibt sich aus diesen Zahlen eine wesentliche wertmäßige Zunahme des Außenhandels. Wenn auch kein Ausgleich der Handelsbilanz erreicht werden konnte, hat der durchschnittliche Deckungshundertsatz der Einfuhr durch die Ausfuhr 1952: 95, 1951: 76, 1950: 67 und 1938: 74 erreicht.

Inzwischen ist in den letzten Monaten das Verhältnis zwischen Ein- und Ausfuhr weniger günstig geworden, und auch die Regierung erwartet nicht, daß in nächster Zukunft die gleichen günstigen Ergebnisse erreicht werden. Die niederländische Ausfuhr hat in der letzten Zeit Absatzgebiete verloren, und es ist heute nicht mehr so leicht, die Stagnierung der Ausfuhr nach einem Gebiet durch Ausdehnung des Exports nach anderen Gebieten auszugleichen. Besonders die deutsche und die japanische Konkurrenz machen sich in zunehmendem Maße bemerkbar.

Zu der immerhin beträchtlichen Zunahme der niederländischen

Ausfuhr hat neben der Landwirtschaft auch die zielbewußte und intensive Industrialisierung der Nachkriegsjahre kräftig beigetragen. Diese Politik hat im allgemeinen zwei Hauptgründe: Arbeitsbeschaffung für die immer noch schnell steigende Bevölkerung und Sicherung der für diese Bevölkerung notwendigen Einfuhr. Die Niederlande besitzen für die Ausdehnung der industriellen Erzeugung eine Reihe günstiger Voraussetzungen. Die vorzügliche Verkehrslage an der Nordsee und im Rheinmündungsgebiet ist allgemein bekannt, und das Land verfügt ebenfalls über gute inländische Verkehrsverbindungen. Ein anderer struktureller Faktor ist die Elastizität des Arbeitsmarktes.

Im Jahre 1951 gingen in den Niederlanden nur 67 000 Arbeitstage durch Streiks oder lockouts verloren. Durch diesen sozialen Frieden unterscheiden sich die Niederlande von anderen Staaten, die durch ihre Bevölkerungszahl etwa mit diesem Lande verglichen werden könnten. So gingen aus diesen Gründen 1951 in Belgien 553 000, in Kanada 717 000 Arbeitstage verloren. Der Umstand, daß in den Niederlanden trotz relativ niedriger Löhne ein ausgesprochener sozialer Frieden herrscht, hat wesentlich zur Förderung der industriellen Erzeugung beigetragen. Die weitgehende Zusammenarbeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ermöglicht den Niederlanden eine

Politik der Regulierung und Lenkung der Preise und Löhne. Natürlich hat dieser Frieden durch eine beispielhafte Sozialpolitik, die in den Nachkriegsjahren noch erheblich ausgedehnt wurde, erkauft werden müssen. Demzufolge sind die Sozialabgaben relativ hoch. Aber wenn man die Vorteile des sozialen Friedens berücksichtigt, dürfte der in den Niederlanden sehr effiziente Produktionsfaktor Arbeit kostenmäßig einen geringeren produktionshemmenden Einfluß ausüben als in anderen Staaten.

Die Industrialisierungspolitik wird durch eine Handelspolitik unterstützt, die die Einfuhr von Rohstoffen weitgehend liberalisiert hat. Der Handel mit den OEEC-Staaten ist zu 60%, der mit Belgien und Luxemburg zu 85% liberalisiert. Nach dem allgemeinen westeuropäischen Rezept hat sich die Außenhandelspolitik auf die Förderung der Einfuhr aus Ländern mit weicher Währung und eine Förderung der Ausfuhr nach Staaten mit harter Währung eingestellt.

Aber auch im niederländischen Industrieklima gibt es nicht nur schönes Wetter. Unternehmen, deren Kapital zu weniger als 25% in ausländischen Händen ist, unterliegen einer Dividendenbeschränkung. Zum Teil ist diese Maßnahme mit für den erheblichen Mangel an risikofreudigem Kapital verantwortlich. Daneben stellt die öffentliche Hand größere Ansprüche an das auf den Kapitalmarkt gelangende Geld als vor dem Kriege. 1952 wurden 90% des auf dem Kapitalmarkt auftauchenden „neuen Geldes“ von der öffentlichen Hand beansprucht. Diese Lage und die exzessive Steuerpolitik haben zu einer erheblichen inneren Selbstfinanzierung im Industriesektor geführt.

Alles in allem kann das niederländische Industrieklima als günstig bezeichnet werden, obwohl der zunehmenden Macht der Bürokratie auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet ein produktionshemmender Einfluß nicht ganz abgesprochen werden kann. Trotzdem dürfte die wachsende ausländische, vor allem amerikanische Beteiligung an der niederländischen Industrie als ein Beweis für die Milde des Klimas gewertet werden. (-e-)

Verschiedene Vorstellungen vom vereinten Europa

Mit der letzten Regierungskrise haben in Frankreich Kräfte Einfluß gewonnen, die der politischen Integrierung Europas — euphemistisch ausgedrückt — vorsichtiger gegenüberstehen. Der neue Regierungschef ist damit von vornherein in eine Zwangslage gebracht worden, da der verstärkte Druck Amerikas, die politische Integrierung Europas beschleunigt durchzusetzen, sich recht massiver wirtschaftlicher Pressionen bedienen zu wollen scheint. Der französische Regierungschef wird deshalb alles daran setzen, um Zeit zu gewinnen. Die außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik dürfte durch diese Verschiebung im europäischen Kräftespiel bestimmt keine Stärkung erfahren haben. Selbst wenn Frankreich aus wirtschaftlichen Erwägungen sich für eine Ratifizierung der EVG-Verträge in absehbarer Zeit entscheiden sollte, wird es sich dieses Zugeständnis abkaufen lassen, wobei eine für Frankreich günstige Regelung der Saarfrage an vorderer Stelle stehen dürfte.

Es darf zum mindesten bezweifelt werden, ob die offiziellen Äußerungen in den USA., die die Höhe der Dollarhilfe von einer raschen Ratifizierung abhängig gemacht wissen wollen, einen Schritt besonderer diplomatischer Klugheit darstellen. Ganz abgesehen davon, daß die Moskauer Propaganda, die jahrelang von der „Dollar-Vergewaltigung“ der von den USA. wirtschaftlich abhängigen Staaten predigt, diesen recht willkommenen „Beweis“ gebührend ausschlachten wird, dürften diese Äußerungen der europäischen Feinfühligkeit etwas zu viel zumuten. Die Gelegenheit der politischen Integrierung Europas, die sich nach 1945 bot, ist ungenutzt vergangen. Mit der wirtschaftlichen Erstarkung der europäischen Nationalstaaten ist das politische und nationale Selbstbewußtsein gewachsen, das jede Verhandlung über die politische Integrierung zu einem Machtkampf um wirtschaftliche Positionen werden läßt.

Wir müssen uns fragen, ob die amerikanische Konzeption vom Vereinigten Europa heute noch sinnvoll und zweckmäßig ist. Die europäischen Nationalstaaten sind keine halbkolonialen Gebiete, sondern in einer langen historischen Entwicklung unter schweren Kämpfen entstanden und zu Trägern einer hohen Kultur geworden. Dieses historisch-nationale Gefühl, das nichts mit einem nationalen Chauvinismus gemein zu haben braucht, muß bei der schrittweisen Integrierung Europas in Rechnung gestellt werden. So kann beispielsweise nicht erwartet werden, daß eine Nation im Interesse dieser überstaatlichen Konstruktion bereit ist, etwa die Hälfte seines Staatsgebietes abzuschreiben. Es ist natürlich keine Frage, daß Europa seine Verteidigungskräfte auf das äußerste konzentrieren und intensivieren muß. Es ist aber die Frage, ob ein erzwungenes künstliches Gebilde, das in den einzelnen Teilnehmerstaaten schwere innerpolitische Auseinandersetzungen auslöst, eine wirklich schlagkräftige Intensivierung bedeutet. Eine schlagkräftige Verteidigung ist noch in keinem Falle allein durch zahlenmäßige Überlegenheit, militärische Technik und Gleichschaltung der Exerzierreglements erreicht worden. Wir sind überzeugt davon, daß die wirtschaftliche und politische Integrierung Europas fortschreiten wird. Sie wird aber organisch wachsen müssen, und man sollte in Amerika ernstlich nachprüfen, ob die dort herrschende Vorstellung vom Vereinigten Europa richtig ist und das angestrebte Ziel sicherstellen kann oder ob sich neue bessere Wege finden lassen. (sk)

Dr. L. Stern, Kobe

Japan sucht neue Wege

Der Sieg der Republikaner in den USA. mit General Eisenhower an der Spitze wurde in Japan keineswegs mit großem Enthusiasmus aufgenommen. In den Wirtschaftskreisen befürchtet man, daß Uncle Sam unter Führung der Republikaner sparsamer mit den Dollars umgehen wird und die reichliche Dollarhilfe gegenüber Japan stark reduzieren wird. In den Regierungskreisen ist

man weniger pessimistisch, und man versucht, die öffentliche Meinung zu beruhigen, indem man hervorhebt, daß in der künftigen Regierung des Präsidenten Eisenhower Männer wie Dulles und Dodge Schlüsselstellungen einnehmen, Männer, die Japan viel zu gut kennen, die politische und strategische Bedeutung Japans zu schätzen wissen und folglich durch etwaige Dollarkürzungen Japans

Wirtschaft nicht gefährden werden. Wenn auch die Stimmung heute ruhiger geworden ist, so besteht doch noch immer das Gefühl der Unsicherheit, ob Japan auch künftighin auf USA.-Hilfe in gleichem Umfang rechnen kann. Die Dollarhilfe ist bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage Japans von vitaler Bedeutung. Japans Handelsbilanz ist passiv, und dieses Passivum wird mit der Dollarhilfe bezahlt. Japans Außenhandel zeigte für das Jahr 1951 folgendes Bild: Ausfuhr 1,353,968,000 \$, Einfuhr 1,641,019,000 \$; also ein Passivsaldo von 287,051,000 \$. Mit Fracht- und Versicherungskosten stellte sich dieses Passivum für 1951 auf 554,129,000 \$.

Japan erhielt 1951 von den USA. in der Form von Armeelieferungen, Bezahlungen der Besatzungsarmee, direkter Hilfe und Krediten 621,365,000 \$, und dieser ansehnliche Betrag entspricht etwa 46% des gesamten Exporteinkommens für das Jahr 1951.

Das Jahr 1952 wird keine allzu großen Veränderungen aufweisen, vielleicht waren die Einkünfte von USA.-Dollarzahlen geringer, und so ist kaum anzunehmen, daß für das Jahr 1952 ein Aktivposten von Dollar bestehen bleibt. In der zweiten Hälfte 1952 waren die Dollarkürzungen größer als in der ersten Hälfte des Jahres. Japan hat aber 1952 im unsichtbaren Export ganz befriedigende Erfolge erzielt, und so wird es auch in diesem Jahr den Einfuhrüberschuß mit seiner Dollarreserve noch bezahlen können. Schwierigkeiten können erst dann auftreten, wenn die Dollarhilfe reduziert wird oder wenn die Inkonvertibilität zwischen Dollar und Pfund zugunsten Japans keine Lösung erfahren sollte. Bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage versucht Japan, seinen Rohstoffbedarf außerhalb des Dollargebiets zu beschaffen. Bisher war Japan gezwungen, den größeren Teil seines Rohstoffbedarfes aus dem Dollargebiet zu beziehen, und hatte die Fertigprodukte dann in das Sterlinggebiet ausgeführt, wodurch in seiner Handelsbilanz Störungen aufgetreten sind.

Japans größtes Wirtschaftsproblem ist gegenwärtig die ungünstige Handelsbilanz zwischen Dollar- und Sterlinggebiet. Japan führt in das Dollargebiet Rohseide, Seidenstoffe, Porzellan, Stahlplatten, Photoapparate und Nähmaschinen aus. Diese Produkte sind aber für das Dollargebiet von keiner allzu großen Bedeutung. Eine formelle Ausfuhr in dieses Gebiet ist nur dann möglich, wenn hochwertige Waren bei niedrigen Preisen offeriert werden, was aber mit Rücksicht auf die gegenwärtige Preisgestaltung der japa-

nischen Industrie kaum erfolgen kann. Die Einfuhr Japans vom Dollargebiet umfaßt in erster Linie Baumwolle (mehr als die Hälfte seines Bedarfes an Baumwolle bezieht Japan aus den USA.), Weizen, Gerste, Roggen, Zucker, Sojabohnen, Koks, Erdöl und Roh-eisen.

Japans Ausfuhr in das Sterlinggebiet besteht aus Textilprodukten, Eisen- und Stahlerzeugnissen und Maschinen. Die Einfuhr umfaßt Baumwolle, Wolle, Reis und Rohgummi. Japans Export in das Sterlinggebiet war 1951 so gering, daß es mangels konvertierbarer Pfunde nicht in der Lage war, Rohstoffe aus dem Sterlinggebiet einzuführen. Einer aktiven japanischen Ausfuhr in dieses Gebiet stand die Dollarklausel des anglo-japanischen Zahlungsabkommens im Wege. Erst im August 1951, als diese Klausel verschwand, erhöhte sich Japans Ausfuhrvolumen sprunghaft. In den eingeweihten Wirtschaftskreisen sieht man den Bestrebungen der Erhöhung der Ausfuhr in das Dollargebiet mit Besorgnis entgegen. In Japan hat

die protektionistische Zollpolitik der USA., die die japanische Fischereindustrie bedroht, zu heftiger Kritik Anlaß gegeben. In den offiziellen Kreisen Japans ist man der Auffassung, daß in gewissen Zollpositionen Ermäßigungen eintreten werden, vor allem für Thunfischkonserven eine Reduktion der Zollgebühren erzielt werden kann. Die Ausfuhr von Fischkonserven allein wird aber Japans Wirtschaft kaum retten können.

Die japanische Wirtschaft befindet sich nun am Scheideweg und ist bemüht, ihre bisherige Struktur zu ändern. Weitgehende Pläne bestehen dafür, daß künftighin die schwerchemische Industrie die Leichtindustrie, vor allem die Baumwollindustrie, ersetzen soll. In der letzten Zeit werden Forderungen japanischer Wirtschaftskreise immer lauter, die die sofortige Aufnahme der Handelsbeziehungen mit der Volksrepublik China wünschen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß der Ausfall Chinas als Handelspartner für die japanische Wirtschaft einen unersetzlichen Schaden bedeutet. Vor

dem Krieg gingen 50% der Gesamtausfuhr Japans in die asiatischen Länder, und von dieser Menge wurde wieder etwa die Hälfte in China abgesetzt. Ebenso führte Japan vor dem Krieg mehr als 40% des gesamten Einfuhrbedarfes aus den asiatischen Staaten ein; und von dieser Einfuhrmenge entfiel wiederum 40% auf China. So bezog Japan vor dem Krieg aus China Lebensmittel, Eisenerze und Kohle wie auch Baumwolle, die es mit seinen Industrieprodukten bezahlte.

Im Juli 1952 haben offizielle Kreise Japans bereits um die Milderung des Battle Act nachgesucht. Nach schwierigen Verhandlungen wurden gewisse Erleichterungen erzielt, und die Ausfuhr von Nähmaschinen und Farbstoffen von Japan nach China wurde erlaubt. Die Wirtschaftskreise Japans drängen zur Aufnahme der Handelsbeziehungen. In Japan glaubt man in Regierungskreisen, daß eine Revision der gegen Peking verhängten Embargopolitik nicht nur Japan, sondern auch dem Welt-handel dient.

Prof. Dr. Andreas Predöhl, Kiel

Politische Nationalökonomie?

Die Diskussionen, die innerhalb und außerhalb der Wirtschaftswissenschaft um das Problem Marktwirtschaft/Planwirtschaft geführt werden, haben in Röpkes Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 27. September mit dem Titel „Was lehrt Keynes? Alte, neue und wahre Ökonomie“ einen neuen Höhepunkt gefunden. Dort wird uns die Nationalökonomie geschildert als eine Wissenschaft, die „in zwei kaum versöhnliche, ja kaum noch miteinander diskutierende Lager zerrissen ist“, die „alte“ und die durch Keynes begründete „neue“ Nationalökonomie.

Wie immer die Keyneschen Lehren in den verschiedenen Schulen, die es in der Wirtschaftswissenschaft wie in jeder anderen Wissenschaft gibt, im einzelnen beurteilt werden mögen, sie haben in der echten Wissenschaft keineswegs zu einer Spaltung geführt. Sie haben im Gegenteil die herkömmliche langfristige Betrachtung, die in der modernen Gleichgewichtstheorie ihren Höhepunkt gefunden hatte, durch eine unter den aktuellen Verhältnissen unentbehrliche kurzfristige Betrachtung, die in Ungleichgewichten und Gleichgewichten bei Unterbeschäftigung denkt, nicht ersetzt, sondern höchst fruchtbar ergänzt.

Ein unversöhnlicher Gegensatz hat sich nur zwischen zwei kleinen Gruppen innerhalb der Wissenschaft aufgetan, die diese Lehren dogmatisiert und sich damit zu geistigen Führern politischer Richtungen aufgeworfen haben. In der Tat verdankt Keynes, ebenso wie Adam Smith und Karl Marx, seine epochale

praktische Wirkung der Tatsache, daß er eine theoretische Lehre in einem Zeitpunkt brachte, in dem sie einer politischen Situation auf den Leib geschrieben war. Das gilt aber nicht minder für die sogenannten neoliberalen Lehren nach dem zweiten Weltkrieg, die in sublimierter Form von Eucken und seiner Schule, in größerer von Autoren wie Röpke und Hayek in den Dienst eines politischen Kampfes gestellt worden sind.

Lenkung oder Nichtlenkung: ein Scheinproblem

Grundsätzlich ist die Frage Marktwirtschaft oder Planwirtschaft — richtiger müßten wir sagen automatische oder gelenkte Wirtschaft — ein Scheinproblem. Der liberale Marktmechanismus ist im Zuge der Entwicklung zwangsläufig entartet. Der freie Wettbewerb entwickelte aus sich heraus Monopole auf der einen, ruinöse Konkurrenz auf der anderen Seite, die den freien Ausgleichsmechanismus der liberalen Zeit zum Erliegen brachten, sobald die Voraussetzungen des 19. Jahrhunderts, namentlich die Möglichkeit des Ausweichens in neue Räume, nicht mehr gegeben waren.

Am deutlichsten zeigt sich das in der Verbildung des Konjunkturzyklus. Während die Depressionsphase im klassischen Zyklus die legitime Aufgabe hatte, die Wirtschaft nach dem Rückschlag neu zu ordnen und zu neuem Aufschwung vorzubereiten, der die Arbeitslosen regelmäßig wieder aufsaugte, wurde sie dieser Aufgabe nach dem ersten Weltkrieg immer weniger gerecht. Die Krise von 1929 vollends führte zu so andauernder Depression und so umfangreicher Massen-